

Integrationsbeirat 2010 – 2016



Klausurtagung 2012

für Mitglieder des Integrationsbeirates des Landkreises Lindau

Veranstalter: Integrationsbeirat, in Kooperation mit AGABY, dem Projekt „Empowerment & Partizipation“ und kifas GmbH

Zusammenfassung öffentlicher Teil

Moderation: Bernhard Eder, kifas GmbH	
Referat: Mitra Sharifi - Neystanak, Vorsitzende AGABY, Teil 1	
Bürgerschaftliches Engagement als politische Partizipation Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik hin zu einem partizipativen Ansatz Menschen mit Migrationshintergrund werden als Subjekte wahrgenommen. Diese neue Situation kann manche Integrationsbeiräte überfordern. Beiräte vernetzen Ethnien auf kommunaler Ebene. Das Bild der Migrant_Innen in der Öffentlichkeit: Klischees vermeiden Rahmenbedingungen werden auf Bundes- und Länderebene gestellt. Den kommunalen Handlungsspielraum nutzen Breites Wirkungsfeld. Rolle: Politikberatung durch Fach- und Betroffenenkompetenz (Experten in eigener Sache) Für effektive Politikberatung gute Rahmenbedingungen nötig, deshalb Mitwirkungsrechte institutionell verankern Pflicht zur Anhörung: kann zur Überforderung von Integrationsbeiräten führen, wenn etwa schriftliche Stellungnahmen erwartet werden Besser ist deshalb, in Beratungsgremien mitzuwirken In Communities: kontinuierlicher Dialog mit Vereinen Sprechstunden in unterschiedlichen Sprachen (Erstberatung) Bei Vernetzung: verlässliche Kooperationspartner finden, dabei kann der Beirat Motor und Inspirator sein, muss nicht alles machen.	Diskussion Welcher Bildungsbedarf gibt es für Beiräte, damit sie ihre Aufgabe der Politikberatung effektiv wahrnehmen? Nötig sind Fachwissen, gerade über Strukturen und Abläufe in der Kommunalpolitik und kommunikative Kompetenzen (Verhandlungsgeschick, die Fähigkeit, gute Statements zu geben, Teammoderation). Das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige ist ein wichtiger Punkt auf der Agenda der Integrationsbeiräte. Es ist grundsätzlich sinnvoll, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich in den hiesigen Parteien engagieren. Sie sind zentrale Organisation der politischen Willensbildung und Machtausübung in Deutschland. Andererseits sind sie nicht immer und überall für ein solches Engagement aufgeschlossen. Auch kann der zeitliche Aufwand für ein Engagement in den Parteien sehr hoch sein.

Integrationsbeirat 2010 – 2016

Mitmachen.
Mitentscheiden.
Miteinander.



Referat: Mitra Sharifi - Neystanak, Vorsitzende AGABY, Teil 2

Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund allgemein

Traditionelles (Vereine) und neues Ehrenamt in Deutschland, Es gibt Unterschiede im bürgerschaftlichen Engagement zwischen Einheimischen und Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft. Ein Vereinswesen wie in Deutschland ist in den Herkunftsländern der Migrant_Innen unbekannt. Bürgerschaftliches Engagement wird dort als wechselseitige Hilfe in der Nachbarschaft oder im Familienverbund praktiziert, In diesen Staaten sind teilweise staatliche Strukturen schwach ausgeprägt, teilweise autoritär organisiert und verhindern dadurch zivilgesellschaftliche Initiativen. Die wechselseitige Hilfe von Migrant_Innen wird inner- und interethnisch geleistet. Migrant_vereine schotten sich teilweise ab, was aber auch manche deutsche Vereine tun. Nur eine Minderheit von Migrant_vereinen ist integrationshemmend. Deutsche Vereine sind nur bedingt offen für Menschen mit Migrationshintergrund. Im Sport ist dies weitgehend gegeben. Die schlichte Bereitschaft zur Offenheit reicht nicht aus. Auf diese Weise bleiben unsichtbare Barrieren bestehen. Die interkulturelle Öffnung muss systematisch angegangen werden. Das bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund ist ein Potenzial, für die Gesellschaft, für die aktiven Migrant_Innen selbst
Beispiel: Projekt Lesefreunde: lesen in Kindertagesstätten und in anderen Kinderbetreuungseinrichtungen, in Deutsch oder in der Muttersprache
Für manche Migrant_Innen ist das bürgerschaftliche Engagement ein Vehikel, um einen Job oder um Kontakte zu finden.
Problematisch ist eine Kommunikationskonstellation in Gremien, in denen auf der einen Seite deutsche Hauptamtliche ehrenamtlich tätigen Migrant_Innen gegenüber sitzen, die selbst auch in derselben professionellen Funktion wie die deutschen Kolleg_Innen arbeiten würden.

Diskussion

Die im Koran vorgenommene Differenzierung im Umgang mit Gläubigen und Ungläubigen ist für die interkulturelle Kommunikation in Deutschland nicht relevant. Die einschlägigen Aussagen im Koran sind auf dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte des Islam zu deuten. Ferner gelten für den Islam Juden und Christen als Gläubige.